

GEMEINDE FELDE

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Felde
am Donnerstag, 22. August 2013, 19:30 Uhr
im Gemeindezentrum Felde

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:40 Uhr

Anzahl der Besucher: ca. 80

Gesetzliche Mitgliederzahl: 16

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 23 bis 37 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den laufenden Nummern 1 bis 11.

a) Stimmberechtigt:

1.	Bianca Dommes	Bürgermeisterin
2.	Ulrich Hauschildt	Gemeindevertreter
3.	Petra Paulsen	Gemeindevertreterin
4.	Dr. Dieter Mühlhoff	Gemeindevertreter
5.	Dr. Michael Dommes	Gemeindevertreter
6.	Bernd-Uwe Kracht	Gemeindevertreter
7.	Birgit Wittbrodt	Gemeindevertreterin
8.	Uwe Kläschen	Gemeindevertreter
9.	Matthias Bindernagel	Gemeindevertreter
10.	Michael Vogt	Gemeindevertreter
11.	Andreas Fleck	Gemeindevertreter
12.	Andreas Kreft	Gemeindevertreter
13.	Silke Dzierzon	Gemeindevertreterin
14.	Hardi Conrad	Gemeindevertreter
15.	Natascha Otten-Schmahl	Gemeindevertreterin
16.	Volkert Matzat	Gemeindevertreter

b) Nicht stimmberechtigt:

Herr Grewin	Amtsdirektor
Herr Kock	Leiter Hauptamt
Herr Boller	Protokollführer

Die Mitglieder der Gemeindevertretung Felde waren durch Einladung vom 12.08.2013 auf Donnerstag, 22.08.2013 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden. Tag, Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

TOP 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der Ordnungsmäßigkeit der Einladung

Die Bürgermeisterin eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr und begrüßt die Gäste, alle anwesenden Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen sowie die Presse recht herzlich.

Weiterhin begrüßt Sie den Amtsdirektor, Herrn Grewin, den Leiter des Hauptamtes, Herrn Kock, sowie den o.g. Protokollführer als Vertreter des Amtes Achterwehr.

Ferner stellt Frau Dommès fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keinerlei Einwendungen erhoben werden. Die Gemeindevertretung Felde ist demnach nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung beantragt die Bürgermeisterin, die Tagesordnungspunkte 14 und 15 im nicht öffentlichen Teil zu behandeln.

Herr Kracht gibt zu bedenken, dass Teile des Tagesordnungspunktes 14 a (Pachtvertrag Zuwegung Eiderbrücke) doch für die Öffentlichkeit interessant sind und dort auch zu behandeln sind. Er bittet darum, zumindest den ersten Teil des TOP 14 a, im öffentlichen Teil zu behandeln.

Anschließend wird einstimmig beschlossen, dass der TOP 14 a - in Teilen – doch noch im öffentlichen Teil behandelt wird, der zweite Teil des TOP 14 a sowie TOP 14 b und 15 (Personalangelegenheiten) werden im nicht öffentlichen Teil der Sitzung beraten.

Ferner bittet die Bürgermeisterin darum, die Tagesordnung um den dringenden Punkt „Ausschreibung Bauhofmitarbeiter“ unter Top 15 zu erweitern. Weiterhin weist die Bürgermeisterin auch darauf hin, dass dieser Tagesordnungspunkt dann im nicht öffentlichen Teil zu behandeln wäre. Die Bürgermeisterin bittet diesbezüglich um Abstimmung. Es erfolgt die Abstimmung.

Ergebnis 15 ja, 1 Enthaltung

Die Bürgermeisterin bittet ebenso die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „Leerrohrverlegung im Ortsteil Ranzel“ zu erweitern. Nach einer kurzen Mitteilung, warum dieser Tagesordnungspunkt so schnell wie möglich auf die Tagesordnung zu nehmen ist und auch hier eine Entscheidung herbeizuführen ist, wird der Erweiterung der Tagesordnung um diesen Punkt einstimmig zugestimmt.

Somit sieht die neue Tagesordnung wie folgt aus:

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
- TOP 2 Mitteilungen
- TOP 3 Einwohner fragen
- TOP 4 Protokoll der letzten Sitzung vom 25.07.2013
- TOP 5 Wahl der/des stellv. Vorsitzenden des Planungsausschusses
- TOP 6 Wahl eines weiteren Mitgliedes einschl. Stellvertreter in dem Amtsausschuss
- TOP 7 Beschluss über die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 26.05.2013 sowie über einen Einspruch
- TOP 8 Weiteres Vorgehen zur Realisierung eines Wohn- und Betreuungs-Projektes für Senior/Innen; Antrag der SPD-Fraktion
- TOP 9 Weiterführung des B-Planverfahrens B 23 (Edeka-Erweiterung); Antrag Der WF/BFF-Fraktion
- TOP 10 Verwendung BHKW der Schule für GZ, Antrag der WF/BFF-Fraktion
- TOP 11 Bauliche Veränderung der geplanten neuen Eiderbrücke
- TOP 12 Schulkostenbeitrag 2012
- TOP 13 Leerrohrverlegung im Ortsteil Ranzel
- TOP 14 Verschiedenes
- (Top 15 a) nur in Teilen:
 - Grundstücksangelegenheiten
 - a. Pachtvertrag Zuwegung Eiderbrücke; Antrag der WF/BFF-Fraktion (siehe Anlage)

Nicht öffentlicher Teil

- TOP 15 Grundstücksangelegenheiten
 - a) Pachtvertrag Zuwegung Eiderbrücke; Antrag der WF/BFF-Fraktion (siehe Anlage)
 - b) Kaufvertrag (siehe Anlage)
- TOP 16 Personalangelegenheiten

TOP 2 Mitteilungen

1. Die Bürgermeisterin berichtet über den derzeitigen Zustand des Zaunes am Kindergarten. Sie berichtet, dass hier der Zaun ziemlich marode ist und dass es auch schon gefährliche Situationen bei den kleinen Kindern diesbezüglich gegeben hat.
Sie weist darauf hin, dass mit dem Bau eines neuen Zaunes wahrscheinlich im Oktober zu rechnen ist. Die weiteren Details werden derzeit im Amt geklärt.

2. Die Bürgermeisterin berichtet, dass die OGS derzeit noch Honorarkräfte zur Hausaufgabenbetreuung sucht. Diese mögen sich bitte im Schulsekretariat bei Frau Stamm melden.

3. Sporthalle Felde

Die Bürgermeisterin berichtet, dass im Rahmen der Bauarbeiten Probleme aufgetreten sind, die im Vorwege nicht bekannt waren und leider massiverer Natur sind.

So ist die ursprünglich vorhandene, raumseitige Dämmung mit Schimmelpilz befallen und muss komplett ausgetauscht werden. Leider ist auch ein Schimmelbefall im Bereich der Dachbinder festzustellen.

Die Bürgermeisterin geht auch darauf ein, dass evtl. bauliche Notwendigkeiten aufgrund dieses Umstandes nicht ausgeschlossen sind. Sonderfachleute prüfen derzeit das Ausmaß der Schäden und arbeiten zusammen mit dem bauleitenden Ingenieurbüro Lösungsvorschläge zur Schadensbeseitigung einschließlich der damit verbundenen Kosten aus. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage der Kausalität diesbezüglich beurteilt. Erst nach Vorliegen aller Ergebnisse lässt sich die Gesamtsituation genau beurteilen. In jedem Fall wird es aber zu beträchtlichen Mehrkosten kommen.

Nach Vorliegen der Ergebnisse wird die Bürgermeisterin sicherstellen, dass die zuständigen Gremien sich kurzfristig mit dieser Thematik unter Einbindung der Fachbüros auseinandersetzen.

Anschließend bittet Herr Kracht darum, dass die Protokolle der Baubesprechungen auch an die Gemeindevertreter übermittelt werden. Herr Kracht weist auch darauf hin, dass es sich evtl. hier um einen Gewährleistungsfall handeln könnte. Er bittet diesbezüglich diese Möglichkeit nicht außer Acht zu lassen.

4. Die Bürgermeisterin informiert die Anwesenden darüber, dass im Bereich Ranzel derzeit Bauarbeiten durch die EON Hanse stattfinden. Sie berichtet weiterhin, dass sie von dieser Maßnahme erst kurzfristig (15.08.2013) erfahren habe und zu einem Vor-Ort-Termin gebeten wurde. Es ist so, dass die EON Hanse im Bereich Ranzel eine Gasversorgung herstellen möchte. Bei diesem Vorhaben hat sich auch das Amt eingeklinkt und verlegt nun eine neue Trinkwasserleitung im selben Graben.

Die Bürgermeisterin weist darauf hin, dass man genau jetzt die Möglichkeit hätte, ein Leerrohr mit in diesen offenen Graben zu verlegen. Dieses Leerrohr könnte dann für evtl. der Erschließung mit schnellem Internet dienen. Sie berichtet diesbezüglich weiter, dass aus den in der Akte vorliegenden Vermerken hervorgeht, dass die Verlegung eines Leerrohres (in Form einer anderen Variante) auch schon vor ihrer Amtszeit thematisiert wurde.

Nach einer kurzen Diskussion, bittet Herr Kracht darum, dass die EON Hanse für die Anwohner im Bereich Ranzel eine Infoveranstaltung durchführen sollte, in der

den Anwohnern das Vorhaben noch einmal erläutert wird und evtl. auch die Möglichkeit gegeben wird, sich über einen evtl. Neuanschluss an das dann vorhandene Gasnetz zu informieren.

5. Die Bürgermeisterin berichtet, dass es jetzt nach der Sommerpause eine offizielle Sprechstunde geben wird. Diese wird jeweils montags um 17:00 h im Gemeindebüro stattfinden.

TOP 3 Einwohner fragen

1. Frau Trenkner appelliert an die Kompromissfähigkeit aller gewählter Gemeindevertreter, insbesondere an die von Herrn Kracht. Frau Trenkner ist der Meinung, dass die derzeitige Verhaltensweise nicht mit den demokratischen Spielregeln vereinbar ist und Herr Kracht nicht die übergreifende Arbeit des gesamten Amtsausschusses blockieren sollte
2. Herr Ophey ...
 - a. bittet darum, dass sämtliche Mitglieder der Ausschüsse durch Aushang in den Bekanntmachungskästen bekanntgegeben werden. Nur so sei auch gewährleistet, dass alle Bürgerinnen und Bürger wissen, wer in den Ausschüssen tätig ist.
 - b. fragt nach dem Stand zum F-Plan-Verfahren bzgl. der B-Pläne 23 und 24.

Die Bürgermeisterin sowie die Mitglieder des Planungsausschusses verweisen diesbezüglich auf die in der nächsten Woche stattfindende Planungsausschusssitzung. Hier soll das Thema ausführlich behandelt werden.

3. Herr Böttcher fragt die Gemeindevertretung, ob es für die Sporthalle überhaupt eine Baugenehmigung gibt und ob im Zuge der Planung auch die zuständigen Fachplaner (Fluchtweg, Rettungsweg bzw. Heizung/Lüftung) mit einbezogen wurden. Im Detail fragt Herr Böttcher auch noch nach, warum ein Fluchtweg umgeplant werden musste.

Herr Hausschildt gibt bekannt, dass der Fluchtweg nur deswegen umgeplant werden musste, weil er mit dem Platz für das Schiedsgericht der Handballspiele kollidierte. Im Endeffekt musste hier nur eine räumliche Umplanung vorgenommen werden.

Anschließend erläutert die Bürgermeisterin sowie auch Herr Kracht, dass sämtliche Genehmigungen vorliegen und dass auch alle Gutachter in die Planungen mit einbezogen wurden. Dies sei alleine schon deshalb notwendig gewesen, da es sich hier um ein Vorhaben gehandelt hat, bei welchem erhebliche Fördermittel eingesetzt werden.

TOP 4 Protokoll der letzten Sitzung vom 25.07.2013

Diesbezüglich spricht Frau Paulsen der Protokollführerin vom letzten Mal - Frau Brandt – ihren Dank für das wirklich gute Protokoll aus.

Es wird um folgende Änderungen im Protokoll öffentlicher Teil gebeten.

1. Seite 20, 3 Absatz,
hinter Herr Frenzel bitte folgendes einfügen: " ... der nicht der GV angehört,".
2. Seite 20, vorletzter Absatz,
hinter dem Wort „Gerichtstermine“ bitte folgendes einfügen: „ ... bzgl. der B-Pläne Nr. 21 sowie B-Plan 14“ .

Weitere Änderungswünsche werden nicht gestellt.

Anschließend lässt die Bürgermeisterin über das Protokoll der letzten Sitzung abstimmen.

Das Protokoll wird mit den zuvor genannten Änderungen bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

TOP 5 Wahl der/des stellv. Vorsitzenden des Planungsausschusses

Die Bürgermeisterin gibt bekannt, dass für die Wahl des stellv. Vorsitzenden des Planungsausschusses das Vorschlagsrecht auch weiterhin bei der WF/BFF Fraktion liegt. Die Bürgermeisterin bittet die vorgenannte Fraktion um ihren Vorschlag. Seitens der WF/BFF-Fraktion wird abermals Herr Bernd-Uwe Kracht vorgeschlagen. Anschließend lässt die Bürgermeisterin über den Wahlvorschlag abstimmen.

Stimmen: 6 ja, 9 nein, 1 Enthaltung

Herr Bernd-Uwe Kracht wurde somit nicht mit der erforderlichen Mehrheit nach § 39 der GO gewählt. Das Vorschlagsrecht verbleibt aber weiterhin bei der vorgenannten Fraktion.

Herr Hauschildt von der WF/BFF-Fraktion erklärt, dass für die heutige Sitzung auf weitere Wahlgänge verzichtet wird.

Feststellung: Somit bleibt die Wahlstelle auch weiterhin unbesetzt. Das Vorschlagsrecht verbleibt aber weiterhin bei der WF/BFF-Fraktion.

An dieser Stelle gibt der Amtsdirektor, Herr Grewin, bekannt, dass dieser Tagesordnungspunkt, so wie er hier steht, ab jetzt auf jeder Tagesordnung wiederzufinden ist, solange bis hier ein Stellvertreter gewählt wurde.

Anschließend kommt es zu heftigen und rege geführten Diskussionen, bei denen sich auch die anwesende Öffentlichkeit mit Beifallsbekundungen sowie Buhrufen nicht zurückhält.

Diesbezüglich wird mehrfach auf TOP 3 verwiesen. Hier wurde erwähnt bzw. gewünscht/angeregt, dass man sich doch kompromissfähig zeigen solle.

Anschließend stellt Herr Kracht einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Er bittet die Bürgermeisterin darum, in der Öffentlichkeit für Ruhe zu sorgen.

Direkt anschließend an diesen Antrag bittet die Bürgermeisterin die anwesende Öffentlichkeit um Mäßigung.

TOP 6 Wahl eines weiteren Mitgliedes einschl. Stellvertreter in dem Amtsausschuss

Herr Hauschildt gibt zuerst bekannt, dass auch weiterhin an dem Wahlvorschlag Kracht festgehalten wird. Er beantragt geheime Wahl.

Vor Durchführung der eigentlichen Wahl entsteht eine hitzige Debatte. In dieser Debatte wird u.a. ausgeführt, dass

1. das Landesverfassungsgericht den Wahlmodus zum Amtsausschuss schon gerichtlich gerügt hat,
2. die Gemeindevertretung sich endlich mal verständigen sollte,
3. es sich bei der Wahl zum Amtsausschuss nicht um eine direkte Wahl handelt, deshalb sind Fraktionsstärken auch im Amtsausschuss zu berücksichtigen,
4. bislang nur Mitglieder ohne Direktmandat der Gemeindevertretung Felde im Amtsausschuss sitzen. Dies könne so ja nicht richtig sein und
5. das Verhalten innerhalb der Fraktionen sowie auch unterhalb der Fraktionen nicht mehr haltbar ist.

Ferner ergeht auch mehrfach der Appell an die WF/BFF-Fraktion, dass in ihren Reihen noch weitere Vertreter in der Fraktion vorhanden sind, die diese Aufgaben übernehmen könnten. Vertreter von SPD, Grünen und Freien nehmen ausführlich dazu Stellung, warum Herr Kracht für sie als Vertreter der Gemeinde Felde im Amtsausschuss auf keinen Fall vorstellbar ist.

Anschließend weist Herr Kock vom Amt Achterwehr darauf hin, dass bzgl. der geheimen Wahl ein Wahlausschuss gebildet werden muss. An dieser Stelle unterbricht die Bürgermeisterin die Sitzung für 5 Minuten.

Um 20:30 h wird die Sitzung fortgeführt.

Der Wahlausschuss setzt sich wie folgt zusammen:

1. Herr Vogt,
2. Herr Kreft,
3. Frau Wittbrodt,
4. Herr Conrad,
5. Herr Kläschen.

Herr Kock vom Amt Achterwehr gibt nun das Wahlprocedere bekannt. Die WF/BFF-Fraktion hat auch hier wieder das Vorschlagsrecht.

Es wird Herr Bernd-Uwe Kracht als weiteres Mitglied für den Amtsausschuss vorgeschlagen.

Anschließend wird die geheime Wahl durchgeführt.

Nach Auszählung des Wahlergebnisses durch den zuvor genannten Wahlausschuss gibt die Bürgermeisterin das Ergebnis bekannt.

Auf Herrn Kracht entfielen

6 Ja-Stimmen

10 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

Somit ist Herr Kracht nicht gewählt.

Jetzt gibt Herr Hauschildt bekannt, dass die WF/BFF-Fraktion auf einen zweiten und dritten Wahlgang verzichtet.

Anschließend übergibt die Bürgermeisterin das Wort an den Amtsdirektor Herrn Grewin, der nun zu der Frage „Was passiert jetzt?“ weiter Stellung nimmt.

Zunächst stellt dieser zurückkommend auf die Reaktionen der interessierten Besucherinnen und Besucher während des bisherigen Verlaufs der Sitzung fest, dass die Bürgermeisterin sich auf den Antrag von Herrn Kracht vollkommen korrekt verhalten und die Öffentlichkeit um Ruhe gebeten hat. Er persönlich sehe in Anbetracht der Handhabungen auch in anderen Gemeinden angemessene Reaktionen aus dem Publikum nicht so kritisch, das sei gelebte Demokratie.. Ansonsten würde die Gemeindevertretung sich die Möglichkeit einer positiven oder kritischen Reflektion ihrer Willensbildung nehmen.

In der Sache selbst geht AD Grewin zunächst auf die Situation beim Amt ein. Das fehlende Mitglied führt auf Seiten der Kommunalaufsichtsbehörde zu der Erkenntnis, die konstituierende Sitzung könne nicht durchgeführt werden, weil die Amtsvorsteherin oder der Amtsvorsteher „aus der Mitte“ des Amtsausschusses gewählt werden müsse, „Mitte“ erfordere nach dortiger Auffassung die Anwesenheit sämtlicher Mitglieder, was derzeit nicht gewährleistet ist.

Diese Auffassung werde von ihm nicht geteilt. Er stehe mit seiner abweichenden Meinung nicht alleine. In kommentierenden Darlegungen sowie einer durch das Amt in Auftrag gegebenen Stellungnahme einer Fachanwaltskanzlei für Verwaltungsrecht werde der aufsichtsbehördlichen Auffassung ebenfalls widersprochen. Man sehe den gesetzlichen Wahlauftrag „aus der Mitte“ vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung. Danach sei es bis 1994 möglich gewesen, auch Nichtmitglieder des Amtsausschusses zu Vorsitzenden zu wählen. Durch Gesetzesänderung wurde dies unterbunden, so dass nur noch die Wahl aus der Reihe Mitglieder – eben aus der Mitte – erfolgen dürfe. Für die Interpretation, dass sämtliche Mitglieder gewählt sein müssen, gebe das Gesetz nichts her. Im Hinblick auf einen angeführten Präzedenzfall im Raum Pinneberg sei die vollständige Vergleichbarkeit nicht gegeben.

In der Folge sei derzeit jedenfalls die Willensbildung amtsweit blockiert und es könne ggf. übergangsweise zur aufsichtsbehördlichen Berufung eine/s/r Beauftragten, die/der mit sämtlichen Rechten für den Ausschuss ausgestattet wäre, kommen. Für eine gewisse Zeit mag die Verwaltung auch ohne Beschlüsse des Amtsausschusses zurechtkommen. Spätestens bei der Haushaltsaufstellung werde aber die prekäre Situation deutlich.

Natürlich stelle sich hier die Frage der Verhältnismäßigkeit einer solchen Vorgehensweise. Darin mag der Grund liegen, warum nunmehr bei der Kommunalaufsichtsbehörde auch das Wirken der Gemeindevertretung Felde in den Fokus gerückt sei. Dies gelte, obwohl man hier lediglich die kommunalverfassungsrechtlichen Regelungen genutzt habe. Sowohl das Vorschlagsrecht der WF/BFF als auch die Notwendigkeit, diesen Vorschlag durch Mehrheitswahl zu bestätigen, stehen mit der Gemeindeordnung im Einklang. Die aufsichtsbehördlichen Möglichkeiten, diesen Einigungszwang zu durchbrechen führten lt. Presseberichterstattung wiederum zur Überlegung, auch hier eine/n Beauftragten einzusetzen. In diesem Fall würde es sich um eine Person außerhalb der Gemeindevertretung handeln, deren Aufgabe es wäre, das dritte Mitglied aus Felde in letzter Konsequenz zu bestimmen. Die Gemeindevertretung hätte in diesem Fall das Eigenentscheidungsrecht verloren.

Anschließend erfolgt eine hitzig geführte Diskussion, in deren Verlauf schwerpunktmäßig auf Veranlassung durch Herrn Kracht folgende Fragen diskutiert werden:

1. Warum wurde nicht schon früher eine „zeitnahe zweite Sitzung nach der konstituierenden Sitzung“ einberufen?
2. Warum wurde die nächste Sitzung erst nach 35 Tagen einberufen.
3. Warum wurden Anfragen zu Fraktionssprechersitzungen ignoriert.
4. Fragen im Zusammenhang mit der Einladung zum Amtsausschuss und den Informationsschreiben des Amtsvorstehers - Unterstellung der frühzeitigen Kenntnis einer Nichtwahl des Bewerbers Kracht in den Amtsausschuss. .

Bzgl. der aufgeworfenen Fragen bzw. Unstimmigkeiten nimmt die Bürgermeisterin, Frau Dommes, sowie der Amtsvorsteher Herr Dr. Ufert sowie auch der Amtsdirektor

Herr Grewin Stellung. Die Sitzungsterminierung sei vor dem Hintergrund der Urlaubszeit erfolgt und mit der Verwaltung abgestimmt. Dr. Dommes merkt an, dass Herrn Kracht bereits am 26.6.2013 schriftlich von den Vertretern von SPD, Grünen und Freien mitgeteilt worden war, dass und warum er mit ihren Stimmen keinesfalls gewählt werden würde. Herr Kracht merkt hierzu an, dass er das nicht ernstgenommen habe und davon ausging, dass sich die Unterzeichner dieses Schreibens bei der Wahl lediglich enthalten würden

Die Einladung zum Amtsausschuss, die Herr Barz aufgrund urlaubsbedingter Abwesenheit des Amtsvorstehers unterzeichnet hat, wurde nach der Wahl von Herrn Gemeindevertreter Fleck zum weiteren Mitglied ebenfalls unverzüglich ausgehändigt.

Mitten in dieser Diskussion stellt Herr Bindernagel einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Herr Bindernagel beantragt „Ende der Debatte sowie weitere Beratung gem. Tagesordnungspunkt 7.“

Anschließend lässt die Bürgermeisterin über diesen Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen. Es erfolgt die Abstimmung.

11 Ja,

5 Enthaltungen

**TOP 7 Beschluss über die Gültigkeit der Gemeindewahl vom 26.05.2013
sowie über einen Einspruch**

Diesbezüglich übergibt die Bürgermeisterin das Wort an Herrn Bindernagel als Vorsitzenden des Wahlprüfungsausschusses.

Herr Bindernagel geht auf die Niederschrift der Sitzung des Wahlprüfungsausschusses der Gemeinde Felde vom 15.08.2013 näher ein.

Herr Bindernagel berichtet, dass es im Endeffekt bei diesem Termin um 2 Einsprüche ging.

Bei dem ersten Einspruch handelt es sich um den Einspruch von Herrn Dr. Grebe. Diesbezüglich wird auf das Protokoll der Niederschrift verwiesen. Nach erfolgter Beratung empfiehlt der Wahlprüfungsausschuss der Gemeindevertretung im Ergebnis den Wahleinspruch als unbegründet zurückzuweisen. Die Bürgermeisterin lässt anschließend über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

14 ja,

2 Enthaltungen

Somit ist der Einspruch von Herrn Dr. Grebe als unbegründet zurückzuweisen.

Herr Bindernagel berichtet darüber, dass es sich bei dem zweiten Einspruch um einen Einspruch handelt, der erst während der Sitzung des Wahlprüfungsausschusses durch Herrn Hauschildt bekannt gegeben wurde.

Herr Hauschildt deutete an, dass der Wahlvorsteher für den Wahlbezirk Brandsbek es das eine oder andere Mal unterlassen habe, die Namen der Bewerber anzusagen, die gültige Stimmen erhielten.

Anschließend nimmt Herr Hauschildt persönlich noch einmal ausführlich zu dem von ihm im Protokoll festgehaltenen Aussagen Stellung und rechtfertigt seinen Einspruch/Einwand als begründet.

Diesbezüglich wird wiederum auf die Niederschrift über die Sitzung des Wahlprüfungsausschusses vom 15.08.2013 verwiesen. Ferner wird auf die Aussagen von Herrn Kock während des Wahlprüfungsausschusses verwiesen. Herr Hauschildt hätte als Felde Bürger zeitgerecht seinen Einspruch einlegen müssen, was nicht geschehen ist. Ein darüber hinausgehendes Einspruchsrecht als Mitglied des Wahlprüfungsausschusses bestehe nicht.

Nach einer kurzen Diskussion, in deren Verlauf diese Thematiken immer wieder hervorgerufen werden, wird folgender Beschlussvorschlag unterbreitet:

Der Einspruch von Herrn Hauschildt ist als unbegründet zurückzuweisen.

Der Wahlprüfungsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Gemeindewahl vom 26.05.2013 gem. § 39 Ziffer 4 GKWG für gültig zu erklären.

Es erfolgt die Abstimmung:

11 Ja,

5 Enthaltungen

TOP 8 Weiteres Vorgehen zur Realisierung eines Wohn- und Betreuungs-Projektes für Senior/Innen; Antrag der SPD-Fraktion

Diesbezüglich liegt allen Gemeindevertretern der Antrag der SPD-Fraktion vor. Die Bürgermeisterin übergibt das Wort an Herrn Fleck. Herr Fleck begründet kurz seinen Antrag und geht auf die einzelnen Punkte des Antrages näher ein.

Anschließend entsteht eine kurze Diskussion, in deren Verlauf darüber diskutiert wird, ob diese Thematik zuerst vom zuständigen Planungsausschuss bearbeitet werden sollte.

Zu dieser Thematik äußert sich dann auch Herr Kracht. Herr Kracht geht auf die Einzelheiten zum Stand in dieser Angelegenheit ein, Hier wird u.a. auch über die Kaufmodalitäten mit der EG-Schulz gesprochen. Auch Herr Kracht verweist auf die Zuständigkeit des Planungsausschusses.

Ferner weist Herr K. darauf hin, dass zu führende Gespräche mit der EG-Schulz bzw. mit anderen Interessenten (Pflegedienste, etc.) nicht von der Bürgermeisterin alleine geführt werden sollten.

Hier sollte sich die Bürgermeisterin verpflichtet werden, vorzugsweise sich generell durch den Planungsausschussvorsitzenden begleiten zu lassen.

Auch im Hinblick auf diesen Vorschlag gibt es wieder eine hitzige geführte Debatte, in deren Verlauf dann auch über die Funktion der gewählten Bürgermeisterin und deren Aufgaben gesprochen wird. Zudem wird auch die in der letzten Legislaturperiode seitens des damaligen Bürgermeisters praktizierte Vorgehensweise angesprochen und kurz thematisiert.

Die Bürgermeisterin gibt diesbezüglich nochmals zu verstehen, dass sie auch weiterhin Gespräche mit allen Beteiligten führen und über die Frage der Notwendigkeit, weitere Mitglieder hinzuzuziehen, selbständig entscheiden wird. Sie habe die Verpflichtung, die Beschlüsse der Gemeindevertretung in geeigneter Weise vorzubereiten. Selbstverständlich wird sie die GV rechtzeitig über wichtige Angelegenheiten informieren und einbeziehen.

Bzgl. des weiteren Vorgehens zur Realisierung des Wohn- und Betreuungsprojektes auf der Hauskoppel ergeht folgender Beschlussvorschlag:

1. *Die Bürgermeisterin wird gebeten, in einem Gespräch mit den früheren Eigentümern der Hauskoppel den Eigentümern der Fläche Wisch zu ermitteln, welche (finanziellen) Erwartungen sie im Zusammenhang mit einer Bebauung der Fläche an die Gemeinde Felde haben.*
2. *Die Bürgermeisterin wird gebeten, bei der Diakonie Altholstein und der KSG zu ermitteln, welche Vorstellungen diese hinsichtlich einer weiteren Zusammenarbeit mit der Gemeinde haben und auch Angebote potentieller weiterer Interessenten einzubeziehen.*
3. *Die Bürgermeisterin soll gemeinsam mit der Verwaltung die Optionen und mögliche Alternativen eines weiteren Vorgehens in formaler Hinsicht (Planungsverfahren, konzeptionelle Gestaltung in Frage kommende Flächen, Verbindungen aus der letzten Wahlperiode) prüfen und berichten.*
4. *Die Gemeindevertretung wird die Ergebnisse mit einem in der Projektentwicklung erfahrenen Fachberater erörtern, mit dem Ziel, das weitere Vorgehen festzulegen. Sie bittet die Verwaltung um entsprechende namentliche Vorschläge bzw. um die Bewertung etwaiger Vorschläge aus den Fraktionen. Diese sollen der Verwaltung binnen 14 Tagen (bis 05.09.2013) übermittelt werden.*

Bei den Vorschlägen soll die Möglichkeit berücksichtigt werden, als Ergebnis der Erörterung den Fachberater für die weitere Realisierung des Projekts beizubehalten.

Kosten: *Beratungskosten, über die im weiteren Verfahren zu entscheiden ist.*

Begründung:

Die Realisierung des Vorhabens ist von wichtigen Vorfällen abhängig. Die wirtschaftliche Bedeutung des Projektes erfordert eine beratende Begleitung durch die Verwaltung und einen Berater, der die Interessen der Gemeinde vertritt.

Anschließend lässt die Bürgermeisterin über diesen Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja, 7 Enthaltungen

**TOP 9 Weiterführung des B-Planverfahrens B 23)(Edeka-Erweiterung);
Antrag der WF/BFF-Fraktion**

Diesbezüglich liegt allen Gemeindevertretern der Antrag der WF/BFF-Fraktion vom 08.08.2013 als Tischvorlage vor.

Die Bürgermeisterin erinnert an dieser Stelle daran, dass Anträge lt. Geschäftsordnung bei ihr einzureichen sind. Sie bittet um Beachtung dieser Verfahrensweise.

Bzgl. der Weiterführung des B-Plan-Verfahrens B 23 (Edeka-Erweiterung) herrscht bei allen Anwesenden grundsätzlich Einigung, dass dieses Verfahren weitergeführt werden soll.

In der anschließenden kurzen Debatte wird u.a. darüber gesprochen, ob diese Thematik zuerst noch einmal durch den Planungsausschuss bearbeitet werden soll. Ferner sind sich die Anwesenden darüber einig, dass Herr Peter Martens zunächst einmal eine umfassende Planung vorlegen sollte, aus der hervorgeht, was er und in welchem Zeitraum er etwas plant.

Es wäre begrüßenswert, wenn Herr Martens dies einmal dem Planungsausschuss bzw. den zuständigen Ausschüssen vorstellen könnte.

Die WF/BFF-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Die WF/BFF-Fraktion beantragt die Weiterführung des B-Plan-Verfahrens B 23 (Edekaerweiterung). Bekanntermaßen möchte Herr Peter Marten den Markt erheblich erweitern.

Weiterhin möchten weitere Bewerber nördlich der geplanten Edekaerweiterung die Restfläche bis zur Senke erwerben und dort ein komprimiertes Gebäude (Zahnarztpraxis mit Inhaberwohnung) errichten. Die Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern waren bis zum Monat Juli ebenfalls positiv. Aus Sicht der WF/BFF-Fraktion ist eine schnellstmögliche planerische Einzelumsetzung möglich und nötig, damit eine Zerstückelung der Fläche Op de Wisch vermieden wird (s. Anlage).

Beschlussvorschlag:

Die Gemeindevertretung beschließt den Antrag der WF/BFF-Fraktion in den Planungsausschuss zur weiteren Bearbeitung zu verweisen.

Es erfolgt die Abstimmung: einstimmig dafür

TOP 10 Verwendung BHKW der Schule für GZ, Antrag der WF/BFF-Fraktion

Diesbezüglich liegt den Gemeindevertretern ebenfalls eine Tischvorlage (Antrag der WF/BFF-Fraktion) vor. Die WF/BFF-Fraktion stellt folgenden Antrag:

Das aus dem Jahr 2000 stammende Blockheizkraftwerk in der Schule findet im Schulbereich nach der „Energetischen Optimierung der Sporthalle“ hier keine Verwendung mehr. Die WF/BFF-Fraktion beantragt die technische Aufrüstung des BHKWs auf den Stand 2013 (Kosten ca. 3.000,00 Euro und den Einbau sowie die Neuverwendung im Gemeindezentrum zur Beheizung und Eigenstromerzeugung). Das BHKW ist wärmegeführt zu betreiben und der erzeugte Strom soll für das Gemeindezentrum und die Straßenbeleuchtung verwendet werden.

In einer kurzen Diskussion verständigen sich die Fraktionen dahingehend, dass dieser Antrag zuerst einmal in den Finanz-, Bau- und Liegenschaftsausschuss überwiesen werden soll.

Diesbezüglich erfolgt die Abstimmung: einstimmig dafür.

TOP 11 Bauliche Veränderung der geplanten neuen Eiderbrücke

Die Bürgermeisterin nimmt zu dieser Thematik kurz Stellung und gibt den derzeitigen Stand wieder. Sie berichtet u.a. darüber, dass die Brücke nun wahrscheinlich mit einer Durchfahrtshöhe von 1,20 m gebaut werden soll.

An dieser Stelle weist die WF/BFF-Fraktion darauf hin, dass sie von dieser Maßnahme lediglich durch einen Zeitungsartikel in den Kieler Nachrichten erfahren hat.

Die WF/BFF-Fraktionsmitglieder bitten darum, dass zukünftig solche wichtigen Informationen direkt und unmittelbar an die Fraktionen weitergegeben werden.

Im weiteren Verlauf des Gespräches wird u.a. darüber diskutiert, ob hier jetzt grundsätzliche Veränderungen vorgenommen werden müssen und ob dann noch einmal der zuständige Ausschuss diese Thematik aufarbeiten muss.

Die Bürgermeisterin zeigt diesbezüglich noch einmal die neue Zeichnung für die Brücke, anhand derer zu erkennen ist, dass keine grundsätzlichen Veränderungen

erforderlich sind. Im Gegensatz zum bisherigen Informationsstand besteht auch grundsätzlich Genehmigungsfähigkeit für die Absenkung der Brückenhöhe verbunden mit erheblichem Einsparpotential durch Fortfall einer Auframpung.

In dieser Angelegenheit ergeht folgender Beschlussvorschlag:

Die Wanderwegbrücke soll mit reduzierter Durchfahrtshöhe von ca. 1,20 m realisiert werden. Der Beschluss vom 06.02.2013 wird insoweit aufgehoben. Die Bürgermeisterin wird beauftragt und ermächtigt, die notwendigen Beteiligungen zusammen mit dem Amt durchzuführen und die Antragsunterlagen entsprechend geändert einzureichen. Sollte eine Reduzierung auf 1,20 m Durchfahrtshöhe nicht möglich sein, so ist die niedrigste Höhe anzustreben, über die mit den beteiligten Interessenträgern Konsens erzielt werden kann.

Es erfolgt die Abstimmung: 11 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen

An dieser Stelle bricht die Bürgermeisterin den öffentlichen Teil mit Hinweis auf § 11 Nr. 5 der Geschäftsordnung der Gemeinde Felde ab.

Die nicht behandelten TOPs sollen dann auf der nächsten GV-Sitzung behandelt werden.

Die Bürgermeisterin schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 22:40 h.



Bürgermeisterin



Protokollführer